

Die Geschichte der DFG und der „Generalpan Ost“

Von Ulrich Herbert

Eröffnung der Ausstellung, 1.10.2008, Historikertag Dresden

Am 1. September 1939 kündigte Adolf Hitler im Reichstag an, dass die besetzten und annektierten Regionen Polens dauerhaft „dem Deutschtum gesichert“ (also: germanisiert) werden sollten. Ursprünglich war mit dieser, in Deutschland durchaus populären Forderung die Wiederherstellung der territorialen Situation vor dem Ersten Weltkrieg gemeint, als ein polnischer Staat bekanntlich nicht existierte und ein Drittel des von Polen bewohnten Territoriums zum Deutschen Reich gehört hatte. Die nun fixierten Zielsetzungen gingen darüber jetzt, nach der erneuten Teilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion, aber deutlich hinaus. In den eroberten Gebieten sei eine „Neuordnung der ethnographischen Verhältnisse“ in die Wege zu leiten, erklärte Hitler. Mit der Umsetzung dieser Zielsetzung beauftragte er den Reichsführer SS, der dazu den Titel des „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“ erhielt.

Himmler begann diese Neuordnung zunächst in den Jahren 1939 bis 1941 mit dem Projekt der Umsiedlung von mehr als einer Million Menschen, die zur deutschen Minderheit in den benachbarten südosteuropäischen Ländern gehörten, ins Reich. Ein Großteil dieser so genannten Volksdeutschen wurde in die neu besetzten Gebiete in Westpolen gebracht und dort auf Bauernhöfen und Betrieben angesiedelt. Um den dafür notwendigen Platz zu schaffen, vertrieben die Einheiten von Polizei, Wehrmacht und SS die hier zuvor lebenden Polen aus ihren Häusern und Höfen.

Darüber hinaus wurden die Volksdeutschen wie auch mindestens 1,5 Millionen Bewohner der besetzten Regionen einer rassenanthropologischen Untersuchung unterworfen, um herauszufinden, wer von ihnen wegen positiver „Rassemerkmale“ als „deutsch“ beziehungsweise „wiedereindeutschungsfähig“ gelten konnte – und wer nicht.

Mehr als 800.000 Polen verloren auf diese Weise ihren Besitz und nicht wenige auch ihr Leben. Eine solche Zwangsumsiedlung beschrieb der Landwirt Anton Wozniak aus dem Landkreis Lask im Warthegau im Jahr 1940: *„Ich wurde ... aus Emilow, wo*

ich eine Landwirtschaft mit 30 Morgen Land besaß, evakuiert. Ich kam mit meiner Frau und der 14jährigen Tochter in das Sammellager nach Litzmannstadt. Von Litzmannstadt wurden wir mit einem Autotransport nach dem Dorfe Szydlow hinter Petrikau [im Generalgouvernement] transportiert. Dort wurde ich mit meiner mit meiner Frau und der Tochter einem Landwirt zugeteilt, dem wir in der Landwirtschaft mithalfen.“ Wozniak verlor seinen eigenen Hof in Westpolen, den bekamen Volksdeutsche aus Wolhynien, und wurde zum Landarbeiter auf einem fremden Betrieb. Dabei hatte es die Familie Wozniak beinahe noch gut getroffen, da sie im Generalgouvernement immerhin eine Lebensgrundlage fanden und nicht wie spätere Vertriebene dem Hunger und der Verelendung preisgegeben waren.

Die Vertreibung der Polen und die Ansiedlung der Volksdeutschen waren zugleich mit der Vertreibung der Juden aus den westlich gelegenen Teilen Polens verbunden. Anders als die nichtjüdischen Polen wurden die vertriebenen Juden nämlich nicht weiter östlich neu angesiedelt, sondern zumeist in Lagern, später in den Ghettos der großen Städte provisorisch untergebracht, ohne dass bereits entschieden war, was mit ihnen geschehen sollte. Da keiner der deutschen Machthaber in Polen sie in seinem Machtbereich dauerhaft behalten wollte, entstand hier ein Problem, ein „unhaltbarer Zustand“, der immer drängender auf eine dauerhafte, eine „Endlösung“ drängte. Die „Neuordnung der ethnographischen Verhältnisse“ in Polen war auf diese Weise aufs engste mit der Ingangsetzung des Massenmords an sechs Millionen europäischen Juden verbunden.

Dies waren die kurzfristigen, die Sofortmaßnahmen Himmlers zu „rassischen Neuordnung“ Osteuropas, von Hitler auch „völkische Flurbereinigung“ genannt. Darüber hinaus hatte der Reichsführer SS schon früh eine Gruppe von Wissenschaftlern damit beauftragt, Konzepte zu entwickeln, auf welche Weise und mit welcher Zielrichtung eine solche Neuordnung langfristig ins Werk zu setzen sei. Leiter dieser Gruppe war der Berliner Professor Konrad Meyer, Jahrgang 1901, ein bekannter und fachlich weithin anerkannter Spezialist für Raumordnung und Landwirtschaftswissenschaften, der seit den frühen 1930er Jahren zudem an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik einflussreiche Positionen einnahm. Vom Frühjahr bis Spätsommer des Jahres 1936 fungierte er als einer der Vizepräsidenten der DFG; seit 1937 bis Kriegsende leitete er die Fachsparte „Landbauwissenschaften und Allgemeine Biologie“ des Reichsforschungsrates. In dieser Eigenschaft hatte Meyer bereits vor dem Krieg ei-

nen Millionenetat an Forschungsmitteln verwaltet. Zugleich war Meyer seit 1933 Mitglied der SS und seit 1939 Leiter der Hauptabteilung „Planung und Boden“ des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF), die für die Umsiedlungsplanungen zuständig war.

Die von der Gruppe um Meyer begonnenen Arbeiten für einen „Generalplan Ost“ und die Vorarbeiten zum nachfolgenden „Generalsiedlungsplan“ wurden von der DFG finanziert, die dafür in den Jahren 1941 bis 1945 insgesamt 510.000 Reichsmark bereitstellte, weitere 100.000 waren für das Rechnungsjahr 1945/46 vorgesehen. Bei der Förderung des Vorhabens ist zunächst die schiere Höhe der Förderung von Bedeutung. Zum Vergleich: der Jahresetat von Meyers Fachsparte betrug 1939 insgesamt 2,1 Millionen Reichsmark; der DFG standen 1939 insgesamt 9 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Meyer beantragte seine Mittel unter dem Titel „Zur Durchführung von planungswissenschaftlichen Arbeiten im Aufgabenbereich der Hauptabteilung Planung und Boden des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“, und unter diesem Titel wurden sie auch genehmigt.

Hier ist nun die Stelle, an der es sinnvoll erscheint, einige Bemerkungen zur Geschichte der DFG in der NS-Zeit einflechten, die zur Erklärung des Hintergrunds des Generalplan Osts und seiner Finanzierung durch die DFG nötig sind.

Der im Gefolge der Niederlage des Ersten Weltkriegs in Deutschland herausgebildete Primat des Nationalen hatte sich tief in die Denkwelt auch des deutschen Bürgertums eingegraben. Er war durch die Weimarer Jahre und die NS-Zeit hindurch bis in die frühe Bundesrepublik wirksam und wurde erst danach langsam abgebaut. Dies traf auch und in besonderer Weise für die deutschen Wissenschaftler und Universitätslehrer zu. Deren nationalistischer Patriotismus hatte sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg deutlich bemerkbar gemacht und radikalisierte sich während des Ersten Weltkrieges, vor allem aber nach der Niederlage 1918 und äußerte sich in einer zwischen Hinnahme und schroffer Ablehnung oszillierenden Distanz zur demokratischen Republik. Von den meisten Wissenschaftlern wurde die Machtübernahme des Nationalsozialismus daher als (bei allen durchaus bemerkten Fehlern) doch grundsätzlich positive Entwicklung angesehen, weil dadurch die Schande von 1918 ausgeglichen würde und Deutschland nach der Schwächephase der Weimarer Jahre wieder militärisch und wirtschaftlich erstarke. Es war weit mehr als eine bloß äußerliche Zustim-

mung, wenn die deutsche Wissenschaft den deutschen „Wiederaufstieg“ nach 1933 ziemlich einheitlich begrüßte und ihren Teil dazu beizutragen versprach.

Für etwa ein Drittel der an den Universitäten Beschäftigten bedeutete die Machtergreifung des nationalen Lagers 1933 jedoch ihre Diskriminierung, Zurücksetzung, Entlassung. Für viele, vor allem die jüdischen Wissenschaftler, zudem Verfolgung und Emigration - oder Tod. Die Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Wissenschaftler fand, außer in manchen privaten Briefen oder Aufzeichnungen, beim größten Teil der deutschen Wissenschaftler keinen kritischen Widerhall; das gilt auch für die DFG. Insofern sind die im Folgenden gefällten Einschätzungen immer auf jene zwei Drittel der Wissenschaftler, aber etwa vier Fünftel der Professoren, zu beziehen, die davon nicht betroffen waren.

Mit den nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 wurden in der Regel keine neuen, spezifisch nationalsozialistischen Forschungsthemen oder -methoden geschaffen. Vielmehr wurden solche Ansätze nicht fortgeführt oder unterdrückt, die (vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften) einen deutlichen Bezug zu liberalem, pluralistischem oder demokratischem Gedankengut besaßen. Andere Bereiche, insbesondere solche, die in direktem Bezug zur Wiederaufrüstung, zur Sicherung der Ernährungsbasis, zur Autarkisierung im Rohstoffbereich standen, um nur einige Bereiche zu nennen, wurden stärker gefördert. Allerdings ist auffällig, dass etwa die vor 1939 mit einigem Aufwand aufgerüstete Erb- und Rasseforschung nach 1939 als nicht unmittelbar kriegswichtig in der Förderung stark zurückgefahren wurde.

Mit der im Großen positiven, in Nebenfragen durchaus kritischen Wahrnehmung des NS-Regimes bei der Mehrzahl der deutschen Wissenschaftler war die Bereitschaft verbunden, auch und vor allem solche Forschungen zu unterstützen, die dem Wiederaufstieg Deutschlands, der Stärkung seiner wirtschaftlichen, demographischen, militärischen Kraft dienten. In der zugespitzten Situation des Krieges dann ließ diese Form eines moralisch entleerten Radikalpatriotismus auch jene Forschungen als im Sinne der Stärke von Volk und Nation legitimierbar erscheinen, die sich solcher Methoden bedienten, welche die meisten Forscher wenige Jahre zuvor vermutlich noch abgelehnt hätten. Dabei standen zwei Aspekte im Vordergrund: *zum einen* die Möglichkeit, frei von Hemmnissen, auch von moralischen Hemmnissen, forschen zu können. Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass etwa mit verbrecherischen Mitteln durchgeführte Forschungen in der Regel scheinwissenschaftliche Pseudoforschung gewesen sei. *Zum anderen* das Empfinden, etwas für Volk und Nation zu tun, wobei ange-

sichts der Bedeutung der im Kriege gestellten Aufgaben bisher gültigen Rücksichtnahmen zu entfallen hätten.

In diesem Kontext stellte auch die Förderung eines auf die Konzeption deutscher Ostsiedlung gerichteten Projektes durch die DFG keineswegs ein Novum dar. Bereits in den 1920er und 1930er Jahren hatte die DFG explizit Studien aus dem Bereich der „völkischen“ Forschung finanziert, so Untersuchungen über deutschen „Volks- und Kulturboden“ in Osteuropa und das interdisziplinäre Großprojekt „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“. Bemerkenswert im Fall der vorbereitenden Forschungen zum Generalplan Ost war aber ihre unmittelbare Praxisrelevanz. Konrad Meyer war ja zugleich Leiter der zuständigen SS-Planungshauptabteilung und empfing seine Aufträge direkt von Himmler. Wissenschaft und Praxis waren hier also in Personalunion vereint.

Es gelang Meyer, zahlreiche versierte Experten und hochrangige Wissenschaftler in sein Team zu holen, darunter den bedeutenden Geographen und Raumplaner Walter Christaller, der sich 1938 in Freiburg habilitiert hatte und als Begründer des bis heute einflussreichen „Modells der zentralen Orte“ gilt. Dazu die Landesplaner Erhard Mäding und Franz Doubek, die Finanzwissenschaftler Felix Boesler und Max Rolfes oder den Staatsrechtler Reinhard Höhn. Ziel der Forschergruppe war es, umfassende Pläne für einen Wieder- bzw. Neuaufbau der von Deutschland während des Krieges eroberten Ostgebiete zu erarbeiten. Die Wissenschaftler erstellten Kartenmaterial zur Umgestaltung des Altreichs und der besetzten Gebiete, prüften rechtliche Fragen des Siedlungsaufbaus und bilanzierten die Siedlungsfinanzierung, äußerten sich zur angestrebten Siedlungsstruktur und Städteplanung - ein interdisziplinär angelegtes Forschungsprogramm von der Agrarwissenschaft bis zur Raumforschung und Rassenanthropologie, deren Ergebnisse übrigens nach dem Kriege partiell weiter verfolgt und umgesetzt worden sind, in der Bundesrepublik ebenso wie in Polen.

Nach verschiedenen Vorarbeiten von 1940 bis 1942 sandte Meyer am 2. Juni 1942 eine ausführliche Fassung des Generalplan Ost an Heinrich Himmler. Er sah eine großräumige Umgestaltung von Bevölkerungszusammensetzung vor, eine Neuordnung der Siedlungsstruktur, den Aufbau einer mehrstufigen Verwaltung, die durchgreifende Neuschaffung moderner Infrastruktur sowie den Aufbau moderner Industrie- und Agrarproduktion in einem Zeitraum von 25 Jahren. Die Modernisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft, die Umgestaltung der Besiedlungsstruktur sowie

die Schaffung von agrarischen Räumen mit Ober- und Mittelzentren sowie Straßen- und Kanalbauten standen im Mittelpunkt der Planungen.

Dabei standen die von den Wissenschaftlern im Einzelnen vorgeschlagenen Siedlungs-, Sanierungs- und Landschaftspläne unter einer Voraussetzung, die sie ausführlich begründeten: nämlich die Verfügung über „menschenleere Räume“ in Osteuropa. Diese Voraussetzungen aber sollten erst geschaffen werden. Die dazu von den Wissenschaftlern erarbeiteten Planungen sahen im besetzten Osteuropa ausgedehnte Umsiedlungen und Vertreibungen der polnischen, sowjetischen und baltischen Bevölkerung vor. Neuansiedlungen von Volksdeutschen und Reichsdeutschen sollten dann zur "Germanisierung" weiter Teile dieser Gebiete und zur Festigung des deutschen Herrschaftsanspruches über den besetzten Osten beitragen. Was mit der zu verdrängenden indigenen Bevölkerung zu geschehen habe, wurde offen gelassen, als Nebeneffekt der Umsiedlungen war der mögliche Hungertod von Millionen Menschen einkalkuliert.

Bemerkenswert ist, dass die in diesem Gebiet im Jahre 1940 noch lebenden Juden in diesen Planungen nicht mehr auftauchten. Die Wissenschaftler gingen vielmehr bei der Abfassung ihrer Planungen, im Juni 1942, davon aus, dass es bei Beginn der Realisierung des hier entwickelten Konzepts in diesen Regionen bereits keine lebenden Juden mehr geben würde.

Wäre der Plan in Gänze umgesetzt worden, hätte er den Tod von mehreren Millionen Menschen aus Osteuropa bedeutet: So sollten alleine die Einwohnerschaft der Region Leningrad um nicht weniger als drei Millionen Menschen reduziert werden. Der Plan ist während des Krieges in einigen Punkten auch in Ansätzen umgesetzt worden: Auf seiner Grundlage wurden von 1942 bis 1943 etwa 50.000 Polen aus der Region Zamosc im Distrikt Lublin vertrieben. Etwa 8000 von ihnen wurden ermordet. Die in der historischen Forschung in den vergangenen etwa zehn Jahren immer stärker hervorgehobene deutsche Strategie der Aushungerung der einheimischen Bevölkerung vor allem in der Sowjetunion steht in erkennbarem Zusammenhang zu diesen Planungsperspektiven.

Der Generalplan Ost war keine realitätsferne Utopie, sondern ein praxisnahes Konzept, in dem die Verbindung der mit landwirtschaftlicher und raumplanerischer Modernisierung mit der ethnischen Neuordnung Osteuropas wissenschaftlich differenziert und ausgearbeitet wurde. Konrad Meyer betrachtete die Ostsiedlung als histori-

sche Langzeitaufgabe. Es gehe darum, „*erstmalig die nördliche und südliche Richtung der historischen Germanenzüge zu einem in der Mitte geschlossenen Raum zu verbinden und damit endgültig der europäischen Kultur zu sichern.*“

Aufbauend auf den Generalplan Ost bestellte Himmler 1942 bei Konrad Meyer eine weitere Ausarbeitung, die nun auch das gesamte Baltikum sowie Teile Südost- und Westeuropas in das Umsiedlungs- und Modernisierungsprogramm mit einbeziehen sollte. Unter dem Titel „Generalsiedlungsplan“ arbeiteten Meyer und seine Mitarbeiter bis Kriegsende an dem Projekt, es wurde aber nicht mehr abgeschlossen.

Nach dem Krieg gelang dass Meyer und vielen seiner Kollegen eine zweite Karriere in der Bundesrepublik. Zum einen betonten sie, auch vor Gericht, dass es sich bei dem Generalplan Ost um ein reines Theoriegebilde, ein Planspiel gehandelt habe. So erklärte Meyers ehemals engster Mitarbeiter in der SS-Planungsabteilung, Erhard Mäding 1947 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof: „*Der Generalplan Ost ist immer ein reines Hirngespinnst geblieben.*“ Zum anderen verwiesen die Wissenschaftler der Gruppe um Meyer darauf, dass ihre Ausarbeitungen allein von wissenschaftlichen Gesichtspunkten aus entwickelt worden seien; dass sie dabei auf dem Stand der Forschung und in engem Kontakt mit den deutschen Fachleuten an Universitäten und Instituten gearbeitet hätten und die Zielsetzung – Modernisierung von Landwirtschaft und Raumgestaltung - ebenso unpolitisch wie weiterhin aktuell sei. Das traf in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft durchaus auf Zustimmung, wurden als spezifisch nationalsozialistisch in den Jahrzehnten nach dem Krieg doch allenfalls offen antisemitische und rassenkundliche Texte angesehen, während es außerhalb des Vorstellungsvermögens stand, etwa eine Verbindung zwischen Agrarwissenschaft und Völkermord zu ziehen.

Zusammengefasst: Der Generalplan Ost verdeutlicht in aller Klarheit, dass die Reduktion der nationalsozialistischen Massenverbrechen auf das mehr oder minder geheime Tun einiger Rassefanatiker um Hitler und Himmler als Teil jener Selbstberuhigungs- und Entschuldungsstrategie zu verstehen ist, welche es der Nachkriegsgesellschaft in der Bundesrepublik ermöglichte, jenes bemerkenswerte Maß an gesellschaftlicher Kontinuität zu etablieren, das immer aufs Neue erstaunt. Die Trennung zwischen Nazi auf der einen und gutem Wissenschaftler auf der anderen Seite ist eine kontrafaktische Konstruktion - Meyer, Boesler und Mäding waren sowohl über-

zeugte Nationalsozialisten als auch ausgewiesene, fachlich versierte Wissenschaftler. Christaller war vermutlich nicht einmal ein Nazi, in den 20er Jahren und nach 1945 sympathisierte er mit der KPD.

Wie ist das zu erklären?

1. Einerseits steht hier das Faszinosum des Projekts. Darüber ist in den Nachkriegsjahren viel und mit großer Geste debattiert worden – der Wissenschaftler, dem bereits in jungen Jahren das Regime Gestaltungsmöglichkeiten in wahrhaft globalen Größenordnungen geboten wurden und die er annahm, geblendet von den forscherschen Möglichkeiten, die sich hier auftaten - nicht achtend seine Verstrickung in politische Kontexte und in Verbrechen. Speers Karriere fand unter solchen Vorzeichen eine faustische Aufwertung, auch die Wernher von Brauns. Die Kerndebatte über die Verstrickung von Geist und Verbrechen wurde in der Bundesrepublik allerdings, bis hinein in den Deutschunterricht der Gymnasien, nicht anhand der Nazi-Wissenschaftler geführt, sondern – ausgerechnet - anhand der (vorwiegend deutsch-jüdischen) Physiker, die im Manhattan-Projekt die Atombombe entwarfen: eine Deckerinnerung.

Typisch für die wissenschaftliche Praxis im NS-Staat aber waren solche Verführungsdramen nicht. Das Beispiel des GPO zeigt etwa anderes: Das Projekt der Eroberung und Besiedlung des Ostraums traf bei den Eliten wie im Volk auf Zustimmung weit über die fanatischen Nationalsozialisten hinaus. Einerseits wurde es in der Tradition der Kolonialpolitik als Strategie der Modernisierung und Zivilisierung begriffen. Statt schmutziger, ineffektiver Einzelgehöfte, verschlammter Feldwege und verarmter Kleinbauern ein modernes System von Ober- und Mittelzentren, mit Straßen, Kanälen, Elektrizität, Krankenhäusern und Landbau und Viehhaltung nach modernen Methoden. Dabei stand das Projekt der radikalen Modernisierung der osteuropäischen Landwirtschaft, bei der ja auch mehr als drei Millionen deutscher und volksdeutscher Kleinbauernfamilien aus ihren Herkunftsgebieten nach Osteuropa zwangsumgesiedelt werden sollten, in deutlicher Spannung zu den Versuchen der Wiederherstellung des deutschen schollengebundenen Bauerntums als Blutquell der Nation, wie sie sich schon früh etwa im Reichserbhofgesetz niederschlugen.

2. Zweitens wurde das Projekt verstanden im Kontext des legitimen, ja notwendigen Drangs der Deutschen nach Osten, um im Kampf der Großmächte bestehen zu können - als geopolitische Konsequenz der Auseinandersetzung mit den Westmächten.

Die Lebensraumkonzeption Hitlers, die die Außen- und Kriegspolitik des Regimes mehr als jedes andere Ideengebäude geprägt hat, fußt auf diesem Gedanken: Da überseeische Kolonialreiche sich jedenfalls für Deutschland weder wirtschaftlich noch militärisch noch siedlungspolitisch als Erfolg erwiesen hatten, die Verteilung der Welt auf wenige Großmächte aber von deren Fähigkeit zur direkten und indirekten Beherrschung großer Territorien außerhalb des nationalstaatlichen Kerngebietes abhing, lag der Schritt zur Bildung eines deutschen Ostraumimperiums nahe und wurde spätestens seit der kurzzeitigen Herrschaft der deutschen Truppen über die westlichen Teile des russischen Reiches am Ende des Ersten Weltkriegs auch in der Praxis als sinnvoll und machbar angesehen.

3. Und drittens als Projekt der ethnischen Neuordnung Ostmitteleuropas, ein Vorhaben, dem sich bereits seit dem Ersten Weltkrieg zahlreiche Wissenschaftler verschrieben hatten. Segregation der Volksgruppen; ethnisch – oder auch rassistisch – spezifische Lebensräume und Arbeitsformen; Vertreibung der als nicht europäisch angesehenen Ethnien nach Osten: Das waren in Raumordnung, Volkswirtschaft, Geographie und Soziologie seit langem diskutierte Themen – und nicht nur dort. Modernisierung durch Vertreibung und Genozid - diese bereits in der Kolonialpolitik erprobte Verbindung trat hier in riesenhafter Gestalt und in bis dahin nicht für möglich gehaltenen Größenordnungen auf.

Für den einzelnen Wissenschaftler war es dabei durchaus nicht notwendig, mit allen diesen Motiven übereinzustimmen, und gewiss hätten viele (nicht alle) von ihnen entsetzt zurückgezogen, hätten sie bei der Ermordung der Juden zusehen müssen, deren Nichtexistenz ja bereits die Prämisse ihrer Ausarbeitungen war. Aber das Gesamtprojekt – die durchgreifende Modernisierung und zugleich die ethnische Neuordnung ganz Osteuropas bis zum Ural – besaß eine solche Dimension und Dynamik, dass demgegenüber störende und planungsferne Faktoren wie die indigene Bevölkerung angesichts der harten Bedingungen des Krieges nachgeordnet und zu vernachlässigende Faktoren waren.

Voraussetzung dafür war allerdings, dass man die unterschiedliche Wertigkeit einzelner ethnischer Gruppen und Völker akzeptierte. Insofern ist eine Interpretation des Generalplans Ost als eines Werkes ideologiefremder Technokraten doch irreführend. Nicht wissenschaftliche Fachleute hier – nationalsozialistische Radikalideologen dort bestimmten das Feld. Vielmehr erweist sich, dass die scheinbar politikfernen Technokraten ihre Arbeit auf einer klaren weltanschaulichen Grundlage verrichteten. Ideo-

loge und Technokrat sind eins. Viele aber verstanden diese Grundlage aber gar nicht als politisch-ideologisch, sondern als eine Art vopolitischer Selbstverständlichkeit. Eben das aber machte die Bindekraft solcher riesenhafter Modernisierungsprojekte aus: dass ihre ideologischen Grundlegungen akzeptiert und vorausgesetzt wurden. Man musste sich nicht als Nazi empfinden, um an solchen Vorhaben teilzunehmen, wenn man nur die Prämissen bejahte. Auf diese Weise war es nach dem Kriege aber auch problemlos möglich, das eigene Tun als unpolitisch und rein fachorientiert zu verteidigen.

Insofern ist der Generalplan Ost nichts weiter als die ins Extreme gesteigerte Zuspitzung der Widersprüche deutscher Wissenschaft in der NS-Zeit insgesamt.